Nummer 208 — 25. Jahrgang
6mal wöch. Bezugspreis für Septbr. 3.00 ℳ einschl. Bestellgeld. Anzeigenpreise: Die 1gesp. Petitzeile 80 ₰, Stellengesuche 20 ₰. Die Petitreklamezeile, 89 Millimeter breit, 1 ℳ. Offertengebühren für Selbstabholer 20 ₰, bei Uebersendung durch die Post außerdem Portozuschlag. Einzel-Nr. 10 ₰, Sonntags-Nr. 15 ₰. Geschäftlicher Teil: J. Hillebrand in Dresden

Dienstag, 14. September 1926
Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigenaufträgen u. Leistung v. Schadenersatz. Für undeutl. u. d. Fernruf übermitt. Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingesandte u. m. Rückporto nicht versehene Manuskripte werd. nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 2—3 Uhr nachmittags. Hauptschriftleit.: Dr. Joseph Albert Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Saxonia-Buchdruckerei GmbH., Dresden-A. 1, Pollerstraße 17. Fernruf 21612. Post-Scheckkonto Dresden 14797. Bankkonto: Dresdner Bank, Dresden

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altstadt 1, Pollerstraße 17. Fernruf 20711 und 21012.

Spanien

(Von unserem Madrider M. R. Vertreter)

Madrid, den 11. September 1926.

Der große italienische Staatsmann Camillo Cavour hat einmal gesagt, mit dem Ausnahmezustand könne jeder regieren. Aber man darf nie auf solche Weisheiten schwören: Primo de Rivera hat den Ausnahmezustand für Spanien, Festland und Inseln, proklamiert, nicht nur den Ausnahmezustand der parlamentslosen Diktatur, mit dem er uns vor drei Jahren überrascht hat, sondern jenen besonderen Ausnahmezustand, der die schärfste Zensur, die unbedingte Nachrichtensperre, die Kriegs- und Standgerichtsbarkeit verhängt. Mehr Ausnahmezustand kann man sich nicht denken — und doch scheint Primo das heutige Spanien auch damit nicht mehr regieren zu können. Hier ist freilich alles ruhig, die Madrilenos befleißigen sich in politischen Dingen einer grandiosen Wurstigkeit; die Stierkämpfe bilden für Reich und Arm, Monarchisten und Republikaner das Zentrum, wo sich alle finden. Keine politischen Artikel in den Zeitungen, kein politisches Gespräch in den Kaffeehäusern — aber eine mißglückte „novillada" (Premiere von Jungstieren) hielt jüngst Madrid tagelang in Atem, füllte die Spalten der Blätter mit giftigen Polemiken. Seit der Schließung der Cortes wohnt die politische Seele Spaniens nicht mehr in Madrid. Sie ist in die Provinz entflohen. Nachrichten von Unruhen kamen aus Barcelona, Cadiz, Oviedo, Valladolid. Es sind die Offiziere, vor allem die Artilleristen, die, unzufrieden mit dem willkürlichen Avancement, sich empören. Das ist wohl die merkwürdigste Revolution, die es je gegeben hat: der Diktator Primo fordert die Soldaten auf, ihren rebellischen Offizieren nicht zu gehorchen. Primo, der vor drei Jahren die Zivilminister im Namen der Armee wegjagte, wendet sich an die ihren Militärdienst ableistenden Bürger, um sich des Berufsoffiziertums zu erwehren. Was aus diesem Wirrwarr herauskommen wird, ist noch nicht zu sehen. Daß der Diktator selbst mit seiner Weisheit zu Ende ist, sieht man daraus, daß er jetzt von der Einberufung einer großen Nationalversammlung spricht. Diese soll aber nicht aus allgemeinen Wahlen hervorgehen. Primo scheint an eine Vertretung der Gemeinden und Berufsstände zu denken, so etwas wie die französischen „Generalstände", die man 1789 einberief und die sich gar bald recht revolutionär entwickelte. Welche Funktionen Primo dieser Versammlung anvertrauen will, ist nicht recht klar. Wahrscheinlich soll sie nur dann etwas Entscheidendes zu sagen haben, wenn es dem Diktator paßt. Es soll ein „neuer Parlamentarismus" werden, d. h. ein Dekorationsstück, das man Europa vorweisen, das man aber auch zusammenklappen und ins Magazin schieben kann. Aus dieser Nationalversammlung will Rivera auch die Minister nehmen, was wohl eine Anlockung für die Politiker sein soll. Der ganze Reformplan stützt sich aber nicht auf eine Volksbewegung, wie es der italienische Faschismus doch immerhin ist. Die „vaterländische Union" (Union patriotica), die Primo de Rivera immer zum Zeugen seiner Popularität aufruft, ist ein recht dünnes Gebilde und kümmert sich kaum um Politik.

Zwischen dem Diktator und den rebellischen Offizieren steht noch der König. Hat er noch königliche Macht? Man weiß es nicht. Nur der könnte das Geheimnis lüften, der weiß, was vor drei Jahren zwischen dem König und dem Marschall Primo de Rivera gesprochen worden ist. Vor der Oeffentlichkeit ließ König Alfons sich allerdings damals behandeln wie ein Kartenkönig. Der Marschall legte ihn einfach beiseite und es kam kein Widerspruch. Viele aber glauben, daß beim Staatsstreich eine Vereinbarung zwischen dem König und dem Marschall zugrunde gelegen hat, daß Primo de Rivera also nur des Königs Instrument ist.

Aber die Unruhe ist nun einmal im Lande. Es hat dem Ansehen des Königs geschadet, was in diesen drei Jahren geschah, entweder spielt er mit Primo unter einer Decke ein durchaus nicht ehrliches Spiel oder Primo hat den König in der Hand und spielt ihn aus wie er will. Die Erstickung der öffentlichen Meinung hat einem unterirdischen Republikanismus Vorschub geleistet. Der Umfang dieser Bewegung, die sich sozusagen im Keller mit dem Syndikalismus und dem katalanischen Separatismus begegnet, ist ganz unbekannt. Oberflächenruhe kann über diese Gefahren nicht hinwegtäuschen. Selbst wenn es dem König gelingt, die Rebellen in der Armee zu besänftigen oder zu beseitigen, so wird sich ein gutes Verhältnis zwischen Primo de Rivera und dem Offizierkorps nicht wiederherstellen lassen. Der König wird auch gezwungen sein, den Offizieren entweder Konzessionen zu machen oder zu versprechen, natürlich bei geschlossenen Türen.

Also alles in allem eine äußerst verwickelte Situation, aus der sich jeden Augenblick neue Schwierigkeiten ergeben können. Daß dem Diktator unter diesen Umständen ein Prestigeerfolg in der äußeren Politik in Form eines ständigen Ratssitzes im Völkerbund oder des Geschenkes von Tanger erwünscht wäre, liegt auf der Hand. Es scheint aber, daß ihm beides versagt wird. Aber selbst wenn er einen solchen Erfolg eingeheimst hätte, so würde ihm auch der nur eine kurze Strecke weiter helfen. Nach Beseitigung der heutigen Schwierigkeiten werden sich gar bald wieder neue einstellen. Die Nachrichtensperre wird noch oft verhängt werden. Daß Primo de Rivera immer zu diesem Mittel greift, zeigt, wie primitiv er als Staatsmann ist. Er ist kein Volkstribun wie Mussolini, der mit Beredsamkeit Massen meistern kann. Er hat seine Resonanz in der Nation. Sie fühlt, daß er ihr keine Erneuerung, keine Erhöhung ihres Lebensgefühles gegeben hat und nicht geben kann. Diese letzten drei Jahre haben im spanischen Leben eine Oedigkeit geschaffen, die schlimmer ist als die vorangegangene Zeit der „parlamentarischen Skandale". Damals offener Ausbruch, Kampf der Meinungen und Geister, Aussicht auf den Sieg der Vernunft. Heute: Dumpfheit, mehr Genußsucht als früher, Erstickung der Debatte, Sehnsucht nach einer Abrechnung, nach einem Ultimo. Wird er kommen?

Deutsche Bemühungen in Genf

Der gestrige ruhige Sonntag — Die jetzige Woche von außerordentlicher Wichtigkeit für die deutschen Interessen

Genf, 13. September. (Drahtber.)

Der Sonntag ist politisch ruhig verlaufen. Die meisten Delegationsführer und Delegierten haben Ausflüge in die Umgebung von Genf unternommen. Reichsaußenminister Dr. Stresemann begab sich im Auto nach Chamonix, desgleichen der englische Außenminister Chamberlain. Der in den späten Nachmittagsstunden einsetzende starke Regen führte die den Tag der Ruhe ausnutzenden Staatsmänner und Delegierten allerdings frühzeitig wieder nach Genf zurück. Am heutigen Montag finden Kommissionsverhandlungen statt. Die Vollversammlung wird wohl am Mittwoch die Diskussion über das Projekt der Ratserweiterung eröffnen. Aller Voraussicht nach findet Dienstag eine Sitzung des Plenums statt, in der die Danziger Frage behandelt werden soll.

Die Besprechungen, die am Samstag zwischen Stresemann und Briand einsetzten, während zu gleicher Zeit Staatssekretär von Schubert mit Vandervelde verhandelte, galten zunächst den großen wirtschaftlichen Fragen, wie sie durch die Notwendigkeit der Ergänzung von Locarno durch ein großes Wirtschaftsprogramm vorgezeichnet sind.

Zu den eigentlichen **politischen Problemen** ist man an diesem Tage noch nicht vorgedrungen. Dagegen sind in diesen Vorerörterungen zwischen Stresemann und Briand einerseits, ferner zwischen Vandervelde und Stresemann anderseits genaue Abmachungen getroffen worden hinsichtlich des Programms der Behandlung der politischen Fragen in der laufenden Woche. Stresemann hat den englischen Außenminister Chamberlain über das Ergebnis dieser Unterredungen unterrichtet, **und Chamberlain hat, ebenso wie das Vandervelde tat, seine Vermittlung zwischen Deutschland und Frankreich in Aussicht gestellt.**

Ueber die Grundzüge dieser Erörterungen vernehmen wir folgendes: **Es wird dahin gestrebt, zwischen Deutschland einerseits und Frankreich und Belgien andererseits die Vorbedingungen zu einem politischen und wirtschaftlichen Einvernehmen festzustellen.** Diesen Unterhaltungen muß man die allergrößte Bedeutung beimessen.

Sie werden das Fundament dafür bilden, was dann im Laufe der nächsten Woche zwischen den deutschen und französischen Vertretern über die **Besatzungsfragen, namentlich über die Herabsetzung der Besatzungstruppen, ferner über weitere Erleichterungen im Saargebiet besprochen wird.** Von diesen Auseinandersetzungen werden dann wiederum die mit dem Problem Eupen-Malmedy verknüpften Angelegenheiten zwischen Stresemann und Vandervelde besprochen.

Deutschland hat aber auch den Wunsch, verschiedene östliche Fragen jetzt schon im Beisein von Briand aufzuwerfen. Hier ist die Verbindung mit dem Problem Polen und dem polnischen Ratssitz gegeben. Die Stellung Deutschlands gegenüber diesem Ratssitz bei der wahrscheinlich am Mittwoch erfolgenden Abstimmung ist noch nicht festgelegt. Sie wird zum wesentlichen davon abhängen, was aus den gegenwärtigen Besprechungen herauskommt. Vandervelde hat auch nach der polnischen Seite hin Fühlung genommen, um festzustellen, zu welchen Zugeständnissen Polen bereit wäre, wenn Deutschland sich für den Ratssitz an Polen einsetzt. — Man sieht also, daß diese laufende Woche **von ganz außerordentlicher Wichtigkeit für die deutschen Interessen sein wird.** Was insbesondere die Besatzungsfrage angeht, so hört man aus Kreisen der französischen Delegation unverbindlich, daß Briand bereit wäre, einer Herabsetzung der Besatzungstruppen in absehbarer Zeit **auf etwa 40 000 Mann zuzustimmen.** Die deutschen Wünsche gehen vor allem aber auch dahin, daß von nun an die Besatzungstruppen sich jeglicher Einmischung in die Verwaltungstätigkeit der deutschen Behörden enthalten, und daß die Besatzung als solche sozusagen **unsichtbar gemacht wird.** Sodann will Deutschland Sicherungen für einen noch weiteren und rascheren **Abbau dieser Besatzung,** die ja tatsächlich mit dem Völkerbundsgeiste **nicht zu vereinbaren ist, erreichen.**

1500 Millionen Menschen im Völkerbunde

Nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund werden nunmehr **fast 1500 Millionen Menschen durch diese Internationale Organisation erfaßt.** Nur noch etwa 280 Millionen Menschen stehen außerhalb, nämlich **Amerika mit 130 und Rußland mit 120 Millionen.** Dazu kommen nur noch einige kleinere Länder wie Aegypten, die Türkei, Marokko, Afghanistan, **mit zusammen etwa 30 Millionen.**

Deutschland war der 55. Staat, der seinen Beitritt zum Völkerbund erklärt hat. An Stärke ist es der drittgrößte Staat. Im voran steht China, das mit seinen 450 Millionen Menschen die gewaltigste Rolle — dem Umfang, aber nicht der politischen Bedeutung nach — im Völkerbund einnimmt. Danach folgt Japan mit nur 80 Millionen. An die dritte Stelle rückt dann Deutschland mit etwa 60 Millionen. Sodann folgt England mit 50 Millionen, zu dem freilich die Kolonien mit nahezu 400 Millionen treten, wovon allein Indien etwa 320 Millionen Menschen umfaßt. Es folgt dann in der Größenordnung Frankreich mit 40 Millionen Einwohnern, außerdem besitzt Frankreich in seinen Kolonien etwa 100 Millionen Menschen. Auch Italien zählt etwa 40 Millionen. Dann kommen Polen und Brasilien mit je 30 Millionen, Spanien mit 22, Rumänien mit 18, Portugal einschließlich Kolonien 15, Tschechoslowakei mit 14, Jugoslavien mit 12, Abessinien mit 11.5, Persien mit 10 Millionen. Es folgen weiter Siam mit 10, Argentinien mit 9, Holland mit 7 Millionen, zu denen allerdings Ostindien mit etwa 60 Millionen hinzukommt, weiter Kolumbien und Peru mit je 6, Griechenland und Bulgarien mit je 5, Chile mit 4, Finnland mit 3.5, Kuba mit 3 Millionen und Guatemala, Littauen, Lettland und Estland mit je 2 Millionen.

Innerhalb einer solchen gewaltigen Organisation konnte und durfte auf die Dauer Deutschland nicht fehlen, und das fühlte der Völkerbund ja selbst am deutlichsten. Das Fernbleiben Amerikas wird freilich sehr bedauert, und man muß hoffen und wünschen, daß die Vereinigten Staaten, die dem Völkerbunde ja in der Hauptsache deshalb fernblieben, **weil ursprünglich Deutschland demonstrativ ausgeschlossen wurde und damit der Völkerbund einen nicht seiner Bezeichnung entsprechenden Charakter erhielt, nunmehr eine Aenderung in ihrer Haltung eintreten lassen.** Ob Rußland freilich, solange es unter Sowjetherrschaft sich befindet, diesem Bunde beitreten wird, ist außerordentlich fraglich, würde aber nicht ausschlaggebend ins Gewicht fallen, wenn ein so politisch, namentlich wirtschaftlich mächtiges Land wie Amerika den Schritt tun könnte, diesem Bunde anzugehören.

*

Die Zugehörigkeit zum Völkerbund ist aber auch mit **finanziellen** Opfern verknüpft. Die Unterhaltungskosten der Bureaus werden anteilig nach der Größe der Länder unter die Mitglieder verteilt. Augenblicklich werden etwa 25 Millionen Goldfranken jährlich erfordert. Auf Deutschland würden danach etwa 1.5 Millionen Goldmark, entsprechend der Größe der Bevölkerung erfordert. Man hat ausgerechnet, **daß die gesamten jährlichen Kosten für den Völkerbund noch nicht einmal die Aufwendungen nötig machen, die ein einziges Unterseeboot kostet, und man hat weiter festgestellt, daß mit dem Gegenwert der augenblicklichen Rüstungsausgaben der verschiedenen Länder die Kosten des Völkerbundes eineinhalbtausend Jahre hindurch bestritten werden könnten.**

Die Türkei und Genf

Paris, 13. September. (Drahtber.)

Der „Chicago Tribune" wird aus Genf gemeldet, daß Besprechungen über **die sofortige Aufnahme der Türkei in den Völkerbund** unter gleichzeitiger Gewährung eines Sitzes im Völkerbund im Gange seien. Die Verhandlungen würden von de Jouvenal, dem früheren Oberkommissar von Syrien, geleitet.